

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

Nr. 41.

Erscheint Dienstag, Donnerstag, Sonnabend.
Jährlich 150 Nummern.
Abonnementpreis 65 Pfennig vierteljährlich
auschl. Postbestellgebühr.

Leipzig, den 9. April 1907.

Anzeigen im „Korr.“ kosten: die viergespaltene
Nonpareilzeile 25 Pfennig;
Versammlungsanzeigen sowie Arbeitsmarkt
aber nur 10 Pfennig die Zeile.

45. Jahrg.

Der Gutenbergbund

hielt in den letzten Tagen des März in Halle a. S. seine achte Generalversammlung ab. Im „Typograph“ wird über die dreitägigen Verhandlungen in vier Spalten berichtet, doch läßt sich aus dieser Berichterstattung kein Anhalt über die Verhandlungen selbst gewinnen. An sich ist es ja auch höchst gleichgültig, wie die Herren in Halle die Zeit totgeschlagen haben, denn die schönsten Reden können den Bund nicht lebendiger machen, als die Verhältnisse es zulassen.

Seit 14 Jahren schon versichert die Leitung des Bundes der deutschen Buchdruckerwelt, daß der Gutenbergbund der einzig wirkliche und wahre Hort für jeden kollegial empfindenden Buchdruckergehilfen sei, unter der Devise: „Vorwärts immer, rückwärts nimmer!“ sollte ein organisatorisches Bollwerk der Nichtverbändler gegenüber dem Verbandsaufgerichtet werden — aber es blieb bei tönen-den Phrasen, bei einem phantasierenden Kraftmeiertum, das in der deutschen Buchdrucker Geschichte nur ein mittelweiches Lächeln gefunden hat. In diesen 14 Jahren hat der Bund ganze 2700 Mitglieder sammeln können, der Verband dagegen in dem gleichen Zeitraum etwa 36000! Und wenn heute der Verband mit seinen 51000 Mitgliedern auf die Tagung dieser kriegsstarren Bundeskompanie blickt, so kann er es mit jener vornehmen Käfigkeit tun, die durch seine Taten, seine Kraft, seine Bedeutung, seine Erfolge bedingt und berechtigt ist.

Es läge Veranlassung vor, das auf der Bundesgeneralversammlung — nach der Berichterstattung — hervorgetretene Selbstbewußtsein der Delegierten an der Hand der Geschichte des Bundes etwas herabzustimmen, aber wozu? Man schießt nicht mit Kanonen nach Späßen. „Zeigen wir, daß wir eine moderne Gewerkschaft sind!“ heißt es im „Typograph“; ja, wer in aller Welt hat es dem Bunde bisher unmöglich gemacht, diesen Beweis zu erbringen? Wo sind die Voraussetzungen dafür im Gutenbergbunde vorhanden? Was ist an ihm „modern“? Jedenfalls, daß für seine Mitglieder — wie im Falle Watzdorf-Wittenberg — die Organisationsbeiträge vom Prinzipale bezahlt werden! Das ist allerdings noch mehr wie modern. Ob sich der Gutenbergbund daher auf seiner Generalversammlung als christliche oder moderne Gewerkschaft deklariert, ist für die weitere Entwicklung des Arbeitsvertrages im Buchdruckerberuf höchst gleichgültig, der Bund bleibt im gewerblichen und organisatorischen Leben immer eine Null. Nicht die Reden und Beschlüsse, sondern die Tatsachen beweisen das.

Allen diesen Versplünderungsorganisationen, die sich der geschichtlichen Entwicklung der Dinge aus selbstlichem Interesse, aus Haß oder Unkenntnis der Verhältnisse entgegenstellen, ist es eigen, daß sie zur Stagnation verurteilt sind. Welche Fehler auch der modernen Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung anhaften mögen, diese Fehler gewähren aber den außerhalb der führenden und herrschenden Kräfte im Wirtschaftsleben stehenden oder gegen sie wirkenden Sonderorganisationen keine objektive Daseinsberechtigung. Die Entwicklung selbst verändert Inhalt und Form der auf historischer Basis stehenden Organisationen und schafft dadurch das,

was für die Praxis des wirtschaftlichen und sozialen Lebens notwendig und nützlich ist. Darauf haben diese Versplünderungsorganisationen keinen Einfluß, ganz im Gegenteil, sie verlangsamten durch die fanatische Bekämpfung historischer Gebilde nur den natürlichen Entwicklungsprozeß.

So ist auch der Gutenbergbund, der als ausgeprochenes Hemmnis gegen die Entwicklung des Verbandes geschaffen wurde, nicht zur Ursache der Taktik des Verbandes in den letzten 14 Jahren geworden, sondern unabhängig vom Gutenbergbunde haben die natürlichen gewerblichen und sozialen Triebkräfte trotz des Bundes zum heutigen Stande der Dinge geführt. Wäre es wahr, was man mit so viel Selbstgefälligkeit jahraus jahrein im „Typograph“ predigt, daß der Gutenbergbund durch seine Stellungnahme in der Tarifgemeinschaftsfrage den Verband zu einer Verringerung seiner Taktik in dieser Frage gezwungen hätte, so müßte logischerweise dem Bunde auch die gehilfenzeitige Führung in der Tarifgemeinschaft zugefallen sein. Das Gegenteil war moralisch und tatsächlich der Fall. Was dem Verbands und der Prinzipalität die Entwicklung der Verhältnisse aufzwingt, ist völlig unabhängig von einer Redensart, mit der der Bund sein angelegentliches Programm dekorativ drapierte und womit auch die Halle'sche Bundesgeneralversammlung zur Erheiterung Dritter ihre Späße trieb. Der Verband will die vom Bunde in Halle beschlossene „Pfleger- und Förderer der Tarifgemeinschaft“ de facto konstatiert, er will diese Förderung und Pflege in der Druckerei geübt und Vertöße gegen diesen Programmgrundsatz mit dem Ausschlusse geahndet sehen, denn die „Tarifstreue“ des Bundes steht nur auf dem Papiere, weil es der Bundesleitung nicht um tarifstreue, sondern schlechtweg um Mitglieder überhaupt zu tun ist.

Wenn die Halle'sche Versammlung beschlossen hat, beim Tarifamte den Antrag auf Aufnahme des Bundes in die Tarifgemeinschaft (§ 4 des Organisationsvertrages) zu stellen, so haben wir gar nichts dagegen, wie wir schon im vorigen Jahre schrieben, denn der tarifstreuen Gesellschaft kann nur daran liegen, daß alle für den Tarif wirkenden Kräfte in dem gedachten Sinne vereinigt sind, aber diese Tarifstreue des Bundes muß dem Tarifamte überzeugend nachgewiesen werden. Da liegt der Hund begraben. Man möchte es als einen Treppenvitz der Weltgeschichte bezeichnen, daß diejenige Organisation, die angeblich bahnbrechend für die Tarifgemeinschaft gewirkt haben will, seit Jahr und Tag mit durchschlagenden Gründen vom ganzen Gewerbe, soweit es in der Tarifgemeinschaft zur Geltung kommt, nachgewiesen erhielt, daß keine Organisation im Gewerbe die Tarifgemeinschaft so geschädigt hat wie gerade der Gutenbergbund! Und wenn nun mangels des Nachweises der Tarifstreue des Bundes und seiner Mitglieder das Tarifamt den Antrag ablehnt, was dann? Dann trifft zu, wie es in Hektors Abschied heißt: „Horch, der Wilde tobt schon an den Mauern!“ Denn der Bund beschloß in Halle:

lehnt das Tarifamt den Antrag ab, so hat der Hauptvorstand mit dem Gesamtverbande der christlichen Gewerkschaften die näheren Schritte zu veranlassen, welche geeignet sind, den Gutenbergbund in seinem Bestande und seiner Selbständigkeit zu erhalten.

Wir hätten jedoch bald vergessen, daß diesem Beschlusse der folgende vorausging:

Der nunmehrige Titel des Gutenbergbundes lautet: „Gutenbergbund. Vereinigung deutscher Buchdrucker (dem Gesamtverbande der christlichen Gewerkschaften angegeschlossen).“

Da sind wir nun wirklich gespannt, wie der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften „Schritte veranlassen“ wird, „welche geeignet sind, den Gutenbergbund in seinem Bestande und seiner Selbständigkeit zu erhalten“! Vielleicht greift man auf die frühere Praxis der Bundesleitung zurück und denunziert den Behörden, dem Parlamente, der Prinzipalität den Verband als eine „sozialdemokratische“ Gewerkschaft; vielleicht mündet man sich an die Fiskusler und „wirkt“ kräftig in den Spalten der „Volkswirtschaftlichen Korrespondenz“ des Herrn Dr. Streckert mit; vielleicht erinnert man sich sonstiger Scharfmacherblätter, denen jede Form des Arbeiterzusaammenschlusses ein Grauel ist oder macht sich „verdient“ um das Vaterland durch die Beschaffung von Material für eine neue Zuchthausvorlage. Man sieht also, es gibt recht aus-sichtreiche Wege, „welche geeignet sind, den Gutenbergbund in seinem Bestande und seiner Selbständigkeit zu erhalten“. Schade bloß, daß erst in zwei Jahren der § 4 des Organisationsvertrages in Kraft tritt, somit der Bund in die unangenehme Lage veretzt ist, inzwischen entweder seine Tarifstreue und damit seine Ueberflüssigkeit als Organisation beweisen oder auf der bisher „bewährten“ Bahn fortzuschreiten und langsam seinem selbiger Ende entgegen „wachsen, blühen und gedeihen“ zu müssen.

Der Bund ist nun laut Beschluß seiner Generalversammlung definitiv unter die Fittiche des christlichen Gesamtverbandes gekrochen, was den Späßen „Typograph“ ein festliches Piep, piep schmettern läßt. Wir gönnten dem Gesamtverbande der christlichen Gewerkschaften, deren Generalsekretär Stegerwaldt sich in Halle um diese „Paarung“ verdient gemacht haben soll, dieses Danaergehenk, viel Freude wird er am Bunde nicht erleben. Wir bedauern persönlich diese „Fusion“ nicht um unsers Verbandes willen, den hebt auch der Gesamtverband und sein neuer Stiff nicht aus dem Sattel, sondern deshalb, weil ganz unnötigerweise dadurch eine Verschärfung der Gegensätze zwischen dem Gesamtverbande und den Buchdruckern Platz greifen muß. Wir kennen eben im Wirtschaftsleben weder sozialdemokratische noch christliche Organisationen, doch ist immerhin beides aus der Entwicklung der deutschen Arbeiterbewegung verständlich. Durch die Aufnahme des Gutenbergbundes in den christlichen Gesamtverband aber ist der spezifische Charakter des Gutenbergbundes als Tarifbrecher zu einer speziellen Tendenz der christlichen Gewerkschaften gemacht worden. Unbenutzt vielleicht, aber doch tatsächlich. Das ist das Bedauerliche. Und sollte nunmehr der Gesamtverband sich dazu hergeben, dem Bunde auf seinen lichtschuenen Wegen zu folgen und für ihn die Rastanten aus dem Feuer holen, so müssen wir beide Teile als den gegen den Verband agierenden vereinten Gegner betrachten und behandeln. Vor diesem Schicksale hätten wir den Gesamtverband gern bewahrt gesehen, aber die Dummheiten sind nun einmal dazu da, daß sie gemacht werden. Aber nichts wird ver-

mügen, dem Gutenbergbunde neues Leben einzuhauchen, und die Führer des Bundes werden darüber absterben, das Ziel ihres Lebens, den Verband zwingen oder überwinden zu können, niemals erreicht zu sehen. Der Gutenbergbund hat seine letzten Hilfstruppen aufgeboden in seinem letzten Stadium.

Was die sonstigen Beschlüsse der Generalversammlung des Bundes betrifft, so bedürfen sie keiner besonderen Beleuchtung. Der Wochenbeitrag wurde um 10 Pf. erhöht, dann wurden einige nicht-sagende Verbesserungen im Unterstützungswesen beschlossen, was den Bund freilich auch nicht auf die Beine bringen wird, zudem man selbstverständlich die Unterstützungsanstalten des Verbandes nicht erreichen kann; ferner leistete man sich den Humbug, zu beschließen: „Den aus dem Verbands der Deutschen Buchdrucker übertretenden Kollegen werden die im Verbands gezahlten Beiträge auf alle Unterstützungsweize, ausschließlich Sozialkassenunterstützung, angerechnet.“ Wird das eine Mitgliederflucht im Verbands geben! Der Redakteur des „Typograph“ und ein spezieller Gewerkschaftssekretär sollen fest angestellt werden, ein Beschluß, der uns bei den Bündlern wunderte, denn wie oft sind im „Typograph“ die angestellten Beamten des Verbandes als Inhaber von Einkünften besudelt worden, während im Gutenbergbunde angeblich alle Verwaltungs- usw. Arbeit ehrenamtlich verrichtet werde. Jetzt geht man gleich mit zwei Mann ins Zeug. Beim Bunde heißt es jetzt eben: Helf, was helfen mag! —

Da sind sie nun wieder einmal beisammen gewesen, die Anguren des Bundes, und wie mit ihm, sind sie auch mit ihren Beschlüssen nicht über den toten Punkt hinweggekommen, denn wer für den Senfmann reif ist, dem hilft das schönste Rezept nicht mehr. Es kommt nicht darauf an, wie lange die etikettierte Form dieser Organisation noch vorhält, das Wesentliche ist, daß dieser junge Kreis für das Leben und Weben, das Streben und Arbeiten im Gewerbe und unter der Geschäftlichkeit vollständig impotent ist. Und wo die eigentliche Kraft fehlt, hilft auch kein Sütrogat, in welcher Form es immer zu sich genommen wird. Der Teufel holt ja doch mal den ganzen Krampf, davor schützt nicht einmal der christliche Bundesgenosse. Lassen wir also auch ferner die Bündler sich an ihren eignen Worten berauschen, es kostet ihnen nichts, es hilft aber auch nichts. Q. e. d. — was zu beweisen war.

Gewerkschaftskartell und Buchdrucker.

Die vollständig zutreffende Bemerkung der „Korr.“-Redaktion zum Artikel des Kollegen Steinbrecher-Breslau verstoßt Kollege Latt-Kattowitz zu entkräften. Latt erwähnt in seinem Bericht zu unserm Gestanzen u. a. auch Görlich. Hier erzählt Kollege Latt den Kollegen Deutschlands aber vollständig wahrheitswidrige Dinge. Kollege Latt hat gerade entgegengesetzt den Tatsachen berichtet! So lange in Görlich ein Kartell besteht, gehören auch die Buchdrucker demselben an, und es ist ihnen auch noch niemals in dem Sinn gekommen, aus dem Kartelle auszutreten; es ist also selbstredend noch niemals notwendig gewesen, daß Kollege Latt dies mit noch einigen Kollegen zu verhindern suchen mußte. Das allerdings verbiten wir uns von dem Kartelle ganz entschieden, sich in unsere internen Vereinsangelegenheiten zu mischen, da heißt es eben „Hände weg“. Gerade jener Fall, den Kollege Latt im „Korr.“ anführt, es sei in Görlich versucht worden, „aus einem feindlichen Grunde aus dem Kartelle auszutreten, dies Manöver aber durch das energische Auftreten einiger Kollegen verhindert worden“, soll wohl feststellen, daß wenn Kollege Latt nicht einige wenige Monate hier gewesen wäre, die Buchdrucker gar nicht mehr wüßten, wo sie hingehörten. „Seht Kollegen Deutschlands, das habe Ich, und noch dreimal Ich, der große Reformator, schon während meiner sechs bis siebenjährigen Gehilfenzeit gemacht!“ Sie kleiner Bernegrotz! Der Sachverhalt jenes „Kapitalfalles“ war folgender: In Görlich war der Boykott gegen eine Brauerei ausgesprochen, die auch Saalinfaberin ist. Es wurde der sozialdemokratischen Partei zu einer großen Versammlung trotz vorheriger Zusage der Saal entzogen, daher der Boykott, der auch mit Erfolg durchgeführt wurde, und bei dem auch unbestritten die Görlicher Buchdrucker ihr wesentliches Teil zum Erfolge beigetragen haben. Beweis: Unser Versammlungslokal, ebenfalls Eigentum der Boykottierten Brauerei, wurde von den Kollegen gemietet, ja wir hätten sogar unsere Versammlungen nicht mehr dort abgehalten. Der Richter wurde dadurch ganz be-

trächtlich geschädigt, denn Buchdrucker sind bekanntlich „gute Gäste“. Genau so war es mit unserer Herberge „Stadt Hamburg“, welche das boykottierte Bier bezogen hatte, trotzdem der Wirt erklärte, er habe jenes Bier nur für einige bürgerliche Regelsektellschaften. Auch über unsere Herberge wurde der Boykott verhängt, und hier erfüllten die Buchdrucker gleichfalls ihre Pflicht. Der Boykott wurde also siegreich durchgeführt, vornehmlich durch das konsequente, energische Eintreten der Gewerkschaftsmitglieder. Bei den etwa 30 boykottierten Lokalen wurde der Boykott wieder aufgehoben, aber gegenüber unserm Vertriebslokal, nebenbei Zentralherberge der Gewerkschaften, sollte etwas Besonderes inszeniert werden. Das Kartell beschloß, die Zentralherberge wick verlegt und alle Gewerkschaften müssen ausziehen. Die Verlegung der Herberge wußten die Buchdrucker sehr reichlich überlegen, weil es hier keine zweite Herberge gibt, wo die Fremden so angemessen aufgenommen und versorgt werden wie in „Stadt Hamburg“. Nach Kartellbeschlüssen sollten zwei Lokale berücksichtigt werden. Sollten wir zu der Verlegung unserer Herberge Ja und Amen sagen, nur weil das Kartell es so wünschte und beschloßen hatte, wo wir etwa 35 Proz., ja in früheren Jahren 40 bis 45 Proz. der Fremden dieser Herberge stellten? Wer hätte die Verantwortung übernommen, wenn sich die Reisenden beklagt hätten und unzufrieden gewesen wären? Und wie gedacht, so ist es auch gekommen, denn schon jetzt sind von dem Kartelle bestimmten beiden Herbergen Reisende anderer Gewerkschaften wieder fortgegangen und in die frühere Herberge „Stadt Hamburg“ zurückgekehrt. Sehr viele Reisende haben sich überhaupt noch nicht nach dem Kartellbeschlusse gerichtet. Was hätten wir denn erreicht, wenn die Buchdrucker sich dem Kartellbeschlusse gefügt hätten? Die reisenden Kollegen, welche in Görlich schon einmal in unserer Herberge gewesen sind, wären wohl trotz unser Beschlusses hingegangen, weil eben „Stadt Hamburg“ unbestritten eine der gern besuchten Buchdruckerherbergen Deutschlands ist nach der übereinstimmenden Aussage sehr vieler reisender Kollegen. Der Kartellbeschlusse wurde also in gut besuchter Versammlung nach lebhafter Aussprache mit weniger Ausnahmen abgelehnt. Vom Kartelle hätten nun die Buchdrucker ausgeschlossen werden können, und es wurde auch in jener Versammlung, auf die Kollege Latt fußt, erklärt: „Da wir uns nicht dem Kartellbeschlusse gefügt haben, müßte logischerweise das Kartell uns ausschließen, sollte dies natürlich zu erwarten sein, wäre es richtiger, wir Buchdrucker ziehen unsere zwei Vertreter zurück.“ Seitens eines Kollegen als Kartellvertreter wurde sofort erwähnt, daß, trotzdem wir nicht dem Kartellbeschlusse beigetreten sind, ein Ausschluss aus dem Kartelle nicht zu erwarten sei. Jeder objektiv urteilende Kollege wird hieraus ersehen, daß nicht die Buchdrucker ein Manöver machten, wie Kollege Latt sagt, um aus dem Kartelle auszutreten, sondern umgekehrt: seitens des Kartells sollte ein Manöver mit den Buchdruckern vorgenommen werden. Schon die Kartellfestung, in der der Herbergsbeschlusse gefaßt wurde, war für manchen Kartelldelegierten eine Vergnügung, endlich auch einmal in Görlich eine kleine Buchdruckerherberge in Szene setzen zu können. Schon damals erklärte einer unserer Kartellvertreter, man solle nicht so schroff vorgehen, hier kämen doch nur hauptsächlich die Buchdrucker in Betracht. Der Opponent wurde vom Kartelle ausgelacht.

Auch in Görlich gibt es noch mehrere Fälle, wo das Kartell versucht und Beschluß gefaßt hat, die direkt in die Geschäfte der einzelnen Ortsvereine der Gewerkschaften eingreifen, und daß man Vorschriften macht, denen man jede Berechtigung absprechen muß. Nun muß es wundernehmen, daß Kollege Latt mit einemmal so großes gewerkschaftliches Interesse hat und den „Korr.“ als Organ benutzte, da er ihn doch früher mit ganz anderen Augen betrachtete und für ihn nur Verurteilung übrig hatte. Aber das eine kann man Kollegen Latt sagen: was er in Görlich als Diskussionsredner gezeigt hat. War nicht dazu angetan, Kollegen zusammenzuführen, sondern weit eher zu trennen. Wäre Kollege Latt längere Zeit hier gewesen, dann wäre die Zahl der Versammlungsbesucher ganz bedeutend zurückgegangen, denn für „politischen Massenstreik“ und „Revolutionsromantik“ sind die Görlicher Buchdrucker eben nicht zu haben. Na, Kollege Latt ist ja noch jung, und in einem Liebe heißt es ja schon: „Ein Stürmer in der Jugend, doch ruhiger im Alter man wird“, und das würde auch dem Kollegen Latt beizugehen zu wünschen sein, denn sonst ringt er zuletzt noch mit dem Stabstrumpfer Dreeses, mit dem er sehr viel Selbstverwandtschaft aufweist, um die Palme!

Görlich. Gustav Reichelt.

Korrespondenzen.

Wiesbaden. Am 13. und 14. April feiern auch noch ihr vierzigjähriges Verbandsjubiläum die Kollegen Louis Hingsch und Hans Wosnia. Die uns mit ihrem Besuche zum Stiftungsfeste beehrenden Gäste von außerhalb werden freundlichst gebeten, die Zeit ihrer Ankunft dem Vorliegenden Otto Mirow, Westfaltenstraße 17, I, bis Freitag den 12. d. M. mitzuteilen.

s. Bocholt. Unser am 1. April abgehaltene Monatsversammlung erfreute sich eines sehr guten Besuches, und ist unsere im letzten Versammlungsberichte ausgesprochene Hoffnung, bald hier nur noch mit Verbandsmitgliedern rechnen zu können, insoweit in Erfüllung gegangen, als wir drei Neuaufnahmen zu verzeichnen haben, und augenblicklich 13 Mitglieder einen Nichtmitglied gegenüberstehen. Das Verdienst, dieses überaus erfreu-

liche Resultat in wenigen Wochen erzielt zu haben, gebührt neben den Kollegen Rosmeier-Münster und Ameller-Duisburg in erster Linie dem Kollegen Brandes-Wesel, der in unerwarteter Weise für unsern jungen Ortsverein gearbeitet hat. Auch in dieser Versammlung weilte er wieder in unserer Mitte und erfreute uns durch ein vorzügliches Referat. Mit Begeisterung und begeisterten Worten streifte er kurz die Geschichte des Verbandes, besonders hinweisend auf die gewaltigen Vorteile, welche die Tarifgemeinschaft dem ganzen Gewerbe gebracht habe, und schloß seine Ausführungen mit dem Wunsche, daß die Begeisterung, die in unserm jungen Ortsvereine herrsche, nie erlahmen möge. Nach Erledigung sonstiger Vereinsangelegenheiten fand die Versammlung ihren Schluß.

Ösnabrück. Am 24. März fand hier selbst die erste diesjährige Bezirksversammlung statt. Während die auswärtigen Kollegen fast vollständig der Einladung gefolgt waren, ließ der Besuch seitens der Ösnabrücker wiederum sehr zu wünschen übrig; ob sich dieses durch irgend etwas entschuldigen läßt, dürfte denn doch bezweifelt werden. Der vom Vorsitzenden Rabes gegebene Jahresbericht besagte u. a., daß der Vorstand es an der nötigen Agitation innerhalb des Bezirks nicht hat fehlen lassen, leider ohne den gewünschten Erfolg; es ergab sich hieraus wieder, daß sowohl in organisatorischer wie auch in tariflicher Beziehung nur in den Druckorten wirklich praktische Arbeit geleistet werden kann, wo, wenn auch kein Ortsverein vorhanden, so doch dauernd einige tüchtige Mitglieder konditionieren. Die Entscheidung des Kreis- bzw. Tarifamtes in tariflichen Fragen wurde im vorigen Jahre in drei Fällen von Ösnabrück herbeigeführt. Anschließend an den Kreisjahresbericht des Bezirkskassierers, dem der vom Ortsvereine Melle folgte, wurde die Opferwilligkeit der Meller Kollegen, welche sich speziell bei der Unterstützung der streikenden Lithographen und Stein-drucker betätigt, anerkennend hervorgehoben. Als Kandidaten für den in diesem Jahre stattfindenden Goutag kamen sieben Kollegen in Vorschlag, von denen demnächst drei als Delegierte zu wählen sind. Die Einführung des neuen Tarifes ging im Bezirke — soweit wiederum Mitglieder in Betracht kommen — ohne Schwierigkeiten vonstatten. Nach dem Berichte der Vertrauensleute in der Versammlung bestehen zwar in einigen Orten noch kleinere Tarifwidrigkeiten, deren Beseitigung jedoch in kürzester Zeit erhofft wird. Diejenigen Firmen, welche den Tarif bisher nicht anerkannt haben und erfahrungsgemäß auch nicht einfließen werden, befinden sich vorwiegend in Meppen, Lingen und deren weiteren Umgebung — die Namhaftmachung möge vorläufig noch unterbleiben —; das Kreis- resp. Tarifamt wird alsbald zu einschreiten haben, welche Maßnahmen gegen die betreffenden Firmen zu treffen sind. Während bis dahin die Beratungsgegenstände eine ziemlich ausgedehnte Debatte gezeitigt hatten, welche speziell beim Berichte der Vertrauensleute aus dem Bezirke auch des Humors nicht entbehrte, mußte bei dem weiten Teile der Tagesordnung ein schnelleres Tempo genommen werden, und zwar mit Rücksicht auf die auswärtigen Kollegen, welche schon teilweise befürchteten, den Eisenbahnanschluß nicht mehr zu erreichen. Der Affkamation erfolgte die Wiederwahl des bisherigen Vorstandes. Die sehr weite Ausdehnung des Bezirks ließ es geboten erscheinen, in diesem Jahre von der Veranstaltung eines Bezirksjahrestages Abstand zu nehmen, denn das Loch, welches die damit verbundenen Unkosten jedesmal in die Bezirkskasse reißen, ist sehr groß, und die Wiederanfüllung hält meistens schwer. Nachdem man noch die sanitären Mängel in einer größeren Ösnabrücker Druckerei besprochen waren, schloß die Versammlung mit einem Hoch auf den Verband.

Rundschau.

Vertrauensmänner aller Orte! Am 20. April nimmt das Tarifamt eine Statistik auf über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse sämtlicher Buchdruckerien des Deutschen Reiches, der tarifstreuen sowohl als der nichttarifstreuen. Aus jedem Orte sollte dem Tarifamte die Adresse eines Vertrauensmannes zugestellt werden, damit jeder Ort und jede Druckerei in der Statistik Berücksichtigung finden kann. Bei jeder neuen Statistik des Tarifamtes war erfreulicherweise stets eine Zunahme des Materials zu konstatieren, folgen wir dafür, daß die diesmalige Statistik ihre Vorgänger hierin noch wesentlich überholt. In jedem Orte sollte sich wenigstens ein Kollege bereit finden, die Verbreitung der Fragebogen in den Druckereien am Orte zu übernehmen, zu diesem Zwecke unter Angabe der Zahl der benötigten Fragebogen seine Adresse dem Tarifamte unverzüglich mitzuteilen und für Rücksendung derselben zu sorgen. Von einer besonderen Adressenangabe sind selbstverständlich die in unserm „Adressenverzeichnis“ aufgeführten Vorsitzenden bzw. Vertrauensmänner entbunden. Wir bitten deshalb, die vom Tarifamte erbetenen Adressen nebst Angabe der gewünschten Zahl der Fragebogen schleunigst an dieses einzureichen. Adresse: Tarifamt der Deutschen Buchdrucker, Berlin SW 48, Friedrichstr. 239.

Zu dem Berliner Schwindel hat inzwischen auch das Tarifamt Stellung genommen, und zwar in Form einer Erklärung an die Tagespresse, worin gesagt wird

daß selbstverständlich nicht die bewußten „zuverlässigen Informationen“ beim Tarifamt eingeholt seien, obwohl von einer „zuständigen Stelle“ die Rede in jener Notiz sei. Im Monate März seien im Wochenberichtsnummern 445 arbeitslose Buchdrucker bei den Tarifarbeitern nachgewiesen eingetragen gewesen, wozu wir unsererseits ergänzend hinzusetzen wollen, daß hierbei die reisenden Kollegen wie auch diejenigen arbeitslosen Gehilfen nicht eingerechnet sind, die sich bei den Arbeitsnachweiser nicht melden; es macht das im Wochenberichtsnummern noch eine respektable Zahl aus. Wir sind begierig, ob man seitens des in Betracht kommenden Teiles der Presse diese tarifamtliche Widerlegung ebenso bereitwillig aufnimmt als die anonyme Schwindelnote. Wie uns ferner mitgeteilt wurde, haben nachstehende Zeitungen noch den Berliner Köhl ihren Lesern als bössartigen Aprilscherz vorgelegt: *Verenbrüder Kreisblatt*, *Altpreussische Zeitung* in Orling (deren Herausgeber Regold durch seine Konturenkunstfertigkeiten, durch die Behandlung namentlich der Maschinenmeister — in zwei Jahren haben neun Drucker eine Gastrolle in P. S. Offizin gegeben — sowie nicht genaue Einhaltung der Beurlingskala absolut nicht zu den vorbildlichen Prinzipalen zählt), *Göttinger Tagesblatt*, *Greifswalder Zeitung* (wurde durch einen Sprechsaalartikel im *Greifswalder Tagesblatt* tüchtig heimgeschickt), *Westfälischer Volksfreund* (Gamm), *Harburger Zeitung* (Widerlegung wurde von unseren dortigen Kollegen in „*Volksblatt*“ gründlich befocht), *Oberhessisches Tagesblatt* in Kattowitz (hat sich jedoch sofort selbst rektifiziert und einen größeren Teil unserer Notiz in Nr. 38 abgedruckt), *Leerer Anzeigebblatt*, *Zentralanzeiger* in Magdeburg (hat bis dato eine Erwiderung des Arbeitsnachweisers nicht gebracht), *Westfälisches Volksblatt* in Paderborn (dessen Herausgeber nur noch Gehilfen durch den „*Typograph*“ sucht) und *Wöner Wochenblatt*. Von unserer ersten Widerlegung des Berliner Schwindels gab auch der „*Märkische Sprecher*“ in Bochum seinen Lesern Kenntnis. Die „*Allgemeine Zeitung*“ in Bamern nahm eine Entgegnung unserer dortigen Vorlesungen auf. Dagegen hat die sonst sehr vornehm tuende „*Allgemeine Zeitung*“ in Halle a. S. eine durchaus angemessen lautende und mit Ziffern über den Stand der Arbeitslosigkeit zu Ende März in Halle a. S., Leipzig und Magdeburg belegte Erwiderung, die der Halle'sche Arbeitsnachweiserwaller eingeleitet hatte, abgelehnt — von wegen des schlechten Tones. Eine nette Vornehmheit, die der Halle'schen „*Allgemeinen Zeitung*“! Der Gehilfenvertreter Kollege König in Halle a. S. hat im „*Volksblatt*“ für Halle in einem größeren Artikel „*Kein Arbeitsloser im Buchdruckgewerbe*“ die Einwohnerschaft Halles über die Arbeitslosigkeit in unserm Bezirke und im besondern über die Beurlingsverhältnisse aufgeklärt, wobei namentlich der händlerische Schussgeist Wittertrot in Wittenberg mit seiner Tarifreue recht schlecht wegkommt. Der Arbeitsnachweiserwaller in Magdeburg teilt uns noch mit, daß er seine in der vorletzten Nummer erwähnte Widerlegung nicht nur der „*Volksstimme*“ zusandte, sondern an alle Zeitungen des Landes einschickte. Der „*Generalanzeiger*“, der die Schwindelnote nicht gebracht, hat seine Erwiderung auch gebracht. Zum Schlusse sei noch mitgeteilt, daß die Parteipresse zum Teile aus eignen den Berliner Köhl widerlegte, und daß es an verschiedenen Orten den Kollegen durch Vorstelligwerden bei den Redaktionen gelang, die Schwindelnote noch in letzter Minute von der Aufnahme auszuschließen. Alles in allem können wir mit Genugtuung sagen, daß der feige, hinterlistige Anschlag unserer Berliner „*Tariffreunde*“ vollständig verpuffte.

Keine Sympathie mehr für den Verband zu haben, versichert uns Herr Max Reichmann in Zwingenberg (Hessen) in einem sehr langen Schreiben. Herr Reichmann hatte uns schon einige Tage zuvor mit einer Zusage beehrt, deren Abdruck wir aber ablehnten mußten, was von seiner letzten handwurmartigen Einsendung erst recht gilt. Der Schmerz des Herrn Reichmann ist, daß er keine Gehilfen bekommen kann. Er schickte Offerten über Offerten hinaus, aber Antworten erhalte er nie. Seiner Meinung nach müsse auch ein Prinzipal Gehilfen geben, wenn er eine offene Stelle inzwischen besetzt habe. Aus dieser Voraussetzungen ergibt sich ohne weiteres eine ziemliche Paradoxie. Warum Herr Reichmann keine Gehilfen mehr erhält, muß wohl seinen Ursachen haben, denn leider gehen doch sogar in die kleinsten Werkstätten noch als Streikbrecher. L. befindet sich aber im Tarifverhandlung. Ob mit Recht, könnte man wegen einer Bemerkung in seinem Schreiben, daß er seinen früheren Gehilfen das Versprechen gegeben, vollständig tarifliche Verhältnisse einzuführen, bezweifeln. Nun er keine Gehilfen bekommen kann, hat er natürlich keinen Anlaß, dem nachzukommen. Er will also nur noch Beurlinge einstellen, wird einen Lehrling im zweiten Lehrjahre an die (noch anzuschaffende) Segmaschine stellen usw. An allem sei nur der böse Verband schuld — so urteilt ein ehemaliges altes Verbandsmitglied —, und ein Blick sei es nur für die Prinzipale, daß es noch Segmaschinen gäbe. Im Tarife hätte Herr Reichmann aber dann nichts mehr zu suchen und seiner Beurlingsfähigkeit könnte ebenfalls mit dem Gesetze (Gewerbeordnung) beigekommen werden. Wir haben Verständnis für die Lage des kleinen Provinzdruckers, wenn aber ein solcher uns sagt, nicht die Berliner Schwindelnote, „*Kein Arbeitsloser*“, sondern unsere Widerlegung in Nr. 38 sei diesen Schwindelnote (natürlich druckte der Mann in seinem „*Verstärkter Voten*“ den Berliner Köhl ab), wenn er ferner höhnisch fragt, wo die 2214 arbeitslosen Gehilfen im Januar sich befunden hätten (obwohl doch in Nr. 32 einwandfreies Material darüber veröffentlicht wurde) dann hört die Gemütslichkeit auf. Man kann dem kurzschäftigen Herrn Reichmann des-

halb nur viel Glück zu seinem Segmaschinenbetriebe mit lauter Bekehrungen wünschen — so wird es nun gewiß vorwärts gehen!

Ueber die Ostergehilfenprüfungen sind uns bereits verschiedene Mitteilungen zugegangen, auch sonst liegen schon Berichte darüber vor. In Leipzig ist der Ausfall der Prüfungen und der Prüfungsarbeiten, die im Sachsenzimmer des Deutschen Buchgewerbehauers ausgestellt wurden, ein guter gewesen. — Der Prüfung in Dresden unterzogen sich 40 Seeger und 18 Druckerlehrlinge aus Dresden und dessen näherer und weiterer Umgebung. Bis auf einen Drucker bestanden alle die Prüfung. Die Hauptzensuren waren: einmal 1b, fünfmal 2a, zwölfmal 2, dreizehmal 2b, zweimal 3a und siebenmal 3 bei den Seegern; viermal 2a, sechsmal 2a und siebenmal 2b bei den Druckern. Weshalb der eine Drucker durchfiel, wird nicht gemeldet. — Der Bericht aus Neumünster in der „*Reitschrift*“ ist recht beachtenswert. Aus der dortigen Gegend hatten sich bloß sechs Auslernende angemeldet. Bis auf einen Rendsburger Prüfung, der in allen Fächern nur die Note „*Gemügend*“ erhielt, erwiesen sich die Auslernenden als gut ausgebildet. In Ansehung des Rendsburger Falles faßte der Prüfungsausschuß den Beschluß, den Lehrprinzipal wie die Handwerkskammer aufzufordern, in jener Druckerei bessere Lehrresultate herbeizuführen, andernfalls der Firma das Recht der Beurlingshaltung entzogen werden müsse. Zur Nachahmung sei auch der weitere Beschluß empfohlen, die örtlichen Prinzipalvereine zu ersuchen, schon bei Aufnahme der Lehrlinge kontraktlich die Verpflichtung zur Ablegung einer Prüfung nach beendeter Lehrzeit auszubedingen. Man hofft dadurch einen tüchtigeren Nachwuchs heranzubilden. — In Bremen blieb das Prüfungsergebnis hinter dem Vorjahre zurück, doch zeigte sich bei den kleineren Druckereien eine bessere Durchbildung der Prüflinge als bei den aus den größeren Firmen, von welchen bedauerlicherweise einige immer noch nicht für Beteiligung ihrer Auslernenden Sorge tragen. Geprüft wurden neun Seeger und drei Drucker. Das spezifiziertere Prüfungsergebnis können wir wegen einiger Unklarheiten nicht bringen. — Für Magdeburg und Umgegend kann konstatiert werden, daß dann der Vermählungen — nicht zuletzt der im Prüfungsausschuße tätigen Gehilfen — allmählich das Lehrmaterial wie auch die Leistungen bessere werden. 31 Auslernende aus fünf Druckereien hatten sich eingemeldet, von folgendermaßen geniert zu werden: „*Gut*“ 5, „*Ziemlich gut*“ 14, „*Gemügend*“ 11. Ein bei der Firma Bornemann „*Ausgebildeter*“ erwies sich als total unfähig für den Seegerberuf. Er soll deshalb noch ein halbes Jahr aufnehmen bei seinem Lehrprinzipale, der ihm nach Recht und Billigkeit das Ausgelerntemminimum während dieser Zeit gewähren muß. Nachdrücklich muß gerügt werden, daß die Handwerkskammer in Magdeburg in Betreff der Beurlingsbrutrote Schönebeck, Egeln, Staßfurt und Kalbe a. S. so gut wie ganz verlag. Wenn die Kammer nicht da eingreift, was es am allernotwendigsten tut — und das trifft auf die vier genannten Orte gleichermaßen zu —, dann hat ihre Wirksamkeit an anderen Orten, wo die Tarifgemeinschaft und der Verband schon geregelte Zustände geschaffen haben, doch nur halb die Bedeutung, die man von der Arbeit einer mit gesetzlichen Befugnissen ausgerüsteten Korporation zu erwarten berechtigt ist.

Ueber die Schadenersatzpflicht des Arbeiters bei fehlerhafter Beschädigung einer Maschine hat das Berliner Gewerbegericht eine uns Buchdrucker besonders interessierende Entscheidung gefällt, weil die Sache in unserm Bezirke spielt. Wir lesen darüber in der „*Leipziger Volkszeitung*“ folgendes: „An einer Schnellpresse kam eines Morgens durch Lösung des Zylinders an der Maschine ein Defekt vor. Der Stiff, der den Zylinder festlegt, war nicht durchgesteckt gewesen. Der Zylinder geriet deshalb in Bewegung und fiel mitten in das innere Werk. Die Druckerei hatte 63 Mk. für die Wiederherstellung zu bezahlen. Der Unternehmer machte den Buchdrucker für den Schaden verantwortlich, dessen Erstattung ihm auch von dem Gerichte zugesprochen wurde. Der angeklagte Buchdrucker hatte 5 Mk. einbehaltenen Lohn eingeklagt, die ihm auch zugesprochen wurden. Vor dem Gerichte behauptete er, er habe zwei Maschinen zu bedienen gehabt. Beim Anlaufen der beschädigten Maschine habe er nichts Verdächtiges wahrgenommen und sich deswegen zu der zweiten Maschine begeben. Die Druckerei hätte den Schaden zu tragen, da es allgemein üblich sei, daß nur eine Maschine von einem Manne bedient würde. Er hätte in diesem Falle den Schaden am Klage noch rechtzeitig bemerkt. Das Gericht erklärte aber die Fahrlässigkeit für vollendet. Es wäre die Pflicht des Druckers, auf die Befestigung des fraglichen Zylinders vor der Inbetriebsetzung zu achten. Auch der Tarifvertreter nur die Haftung für schuldhaft verbordene Ware, d. h. für industrielle Erzeugnisse, sage aber nichts über Maschinendefekte. Der Kläger hatte bereits früher die Behebung zweier Pressen übernommen und durchgeführt. Der Beklagte hatte beide Maschinen für ihn bereit gehalten und nichts verabsäumt, um eine ordnungsmäßige Arbeit an ihnen zu ermöglichen. Da wir den Fall nicht näher kennen, müssen wir diese Darstellung gelten lassen. Was uns daran auffällt, ist das Fehlen jeder Bemerkung darüber, ob der klagende Maschinenmeister zuvor das Tarifschiedsgericht angerufen hatte. Wir sind nämlich der Meinung, daß ein aus Sachmännern sich zusammensetzendes Schiedsgericht über das Vorliegen von Fahrlässigkeit doch kompetenter urteilen kann als ein aus verschiedenen Berufsständen gebildetes Gewerbegericht. Der § 73 des Tarifes — das sei im Gegenfage zu dem ge-

werbegerichtlichen Urteile gesagt, welches ausspricht, daß der Tarif über Maschinendefekte nichts enthalte — erklärt den Drucker „für die ordnungsgemäße Behandlung der ihm übergebenen Druckmaschinen, der dazu gehörigen Werkzeuge und der ihm überwiegender Materialien“ haftbar. Mit ihm wäre das Tarifschiedsgericht auch für eine durch einen Maschinendefekt hervorgerufene Differenz zuständig, denn ein solches Vorwortem gehört doch zweifellos zu den Fällen, die der § 91 als eine der Aufgaben der Schiedsgerichte bezeichnen, nämlich: „zur Schlichtung von Streitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnisse“. Das sei im allgemeinen zu der Sache bemerkt. Wenn nun die „*R. B.*“ zum Schlusse der diese Angelegenheit behandelnden Notiz sagt: „*Merkwürdig, nach dem Buchdruckerartefolle soll von einem Drucker nicht mehr als eine Maschine heben werden. Hier ist aber recht bewiesen, wie die Durchführung des Tarifes in bürgerlichen Geschäften in der Praxis aussieht*“, so ist das einer ihrer bekannnten — Irrtümer, der ihr jedesmal unterläuft, wenn sie von dem Buchdruckerartefolle irgend etwas behaupten will. Das Einmaschinenystem ist tariflich noch nicht festgelegt; § 77 besagt: „*Der Maschinenmeister hat nicht mehr als zwei einfache Schnellpressen bauern zu bedienen*“. Im § 78 wird allerdings vorgeschrieben, daß an Spezialmaschinen nur ein Maschinenmeister beschäftigt werden darf, unter gleichzeitiger Definierung des Begriffes Spezialmaschine. Wenn wir der „*R. B.*“ erklären, daß den § 77 auch Parteidruckereien nicht nur auf dem Papiere stehen lassen, dann wird sie konsequenterweise auch gegen die in Frage kommenden Parteigeschäfte denselben Vorwurf erheben müssen.

Eine erfolgreiche Kritik war es, die neulich der sozialdemokratische Stadtverordnete Dr. Quard in Frankfurt a. M. an dem Umfange übte, daß das Umstblatt des Magistrates in einer Druckerei hergestellt wurde, die weder den Tarif anerkennt, noch das Koalitionsrecht respektiert. Das bestehende Vertragsverhältnis müsse aus diesen Gründen mit der Firma Minjon gelöst werden. Dieselbe hat nun, ehe weitere Schritte von Magistratsseite unternommen wurden, ihren seit 20 Jahren vertreteten Standpunkt aufgegeben, d. h. den Tarif und den Verband anerkannt.

Konferenzbesinnungen: Buchdruckereibesitzer Martin Schwaiger in Cham, Buchdruckereibesitzer Hermann Lacker (Radlach) in Magdeburg-Neustadt, Firma May Regenhardt in Berlin.

Ein Verband photographischer Reproduktionsanstalten mit einer vorläufigen Geltungsdauer von zehn Jahren wurde in Berlin für Deutschland und Oesterreich-Ungarn gegründet. Es kommen bei dieser Ringbildung insonderheit solche Reproduktionsanstalten in Frage, die sich mit der Massenherstellung photographischer Postkarten befassen. Der Verband hat für Deutschland, Oesterreich-Ungarn, Holland, Schweiz, Dänemark, Schweden, Norwegen u. d. Ausland einheitliche Preise und Bedingungen für den Verkauf der Fabrikate seiner Mitglieder an Groß- u. d. Kleinhändler festgesetzt.

Eine Interessensvertretung der Papierverarbeitenden Industrie, des Papiergroßhandels und verwandter Gewerbe will der seit 27 Jahren bestehende Papierindustrieverein (Eig. Berlin) ins Leben rufen und wendet sich zu diesem Zwecke in einem Auftrufe in der „*Papierzeitung*“ an die in Betracht kommenden Geschäftskreise. Unter zahlreichen Unterzeichnern befinden sich auch nicht wenige Buchdrucker resp. mit Buchdruck verbundene graphische Institute. Der ersiehene Auftruf hat allgemeines Interesse, denn er weist mit aller Deutlichkeit auf die Notwendigkeit einer großen einheitlichen Vertretung der Industrie unter Exemplifizierung auf die organisierte Landwirtschaft hin, die zu einer Macht in unserm Staatsleben geworden sei. Man dürfe sich nicht bei jeder Gelegenheit an die Wand drücken lassen. Nach dem Aufhören der Hochkonjunktur würde erst der Schaden zu befehen sein, den die neuen Handelsverträge für die Papier verarbeitende Industrie gebracht. Deutschlands agrarischer Reichsanwalt hat aber wenig gemein mit dem Mädchen aus der Fremde, welches doch jedem seine Gaben austeiht. Eine Interessensvertretung, wie hier verlangt, würde also bei der Reichsregierung sicher auf Granit stehen, was jedenfalls aber die stiefmütterlich behandelten nur zu um so größerem Widerstande reizen wird.

In Berlin traten auch die Speichereiarbeiter in den Ausstand. — Die Steinbildhauer in Düsseldorf wurden ausgeperrt. — Ueber die Generalausperrung der Schneider und Polzarbeiter werden von den Unternehmern sehr übertriebene Mitteilungen verbreitet. Ein Ueberblick über die Ausbehnung dieser Kämpfe ist überhaupt noch nicht möglich. Den Unternehmernorganisationen in der Holzindustrie sind noch weitere Pumperseide bei anderen Arbeitgeberverbänden nachgewiesen worden. Wenn es mit dem „*Pulver*“ so schwach bestellt ist, kann die Gesamtkraftung doch keine gute sein.

Bei der Südbahn in Ungarn sind Beamte, Unterbeamte und Arbeiter in die passive Resistenz eingetreten. — Im Kohlenbecken von Mons (Belgien) ist ein Teil der Bergarbeiter ausständig geworden. — Die Hand- schuhmacher in Kopenhagen streiken, sie wollen nicht zu dem vorgelegten Tarife arbeiten. — In Buenos Aires traten sämtliche Bahnbedienstete in den Ausstand, höhere Bezüge fordern.

Briefkasten.

D. St. in Langensalza: 3,05 Mk. — F. S. in Berlin: Leipzig, Holzstraße 1. — R. E. in Freiburg: Die Adresse können wir Ihnen nicht angeben. — D. Sch. in

